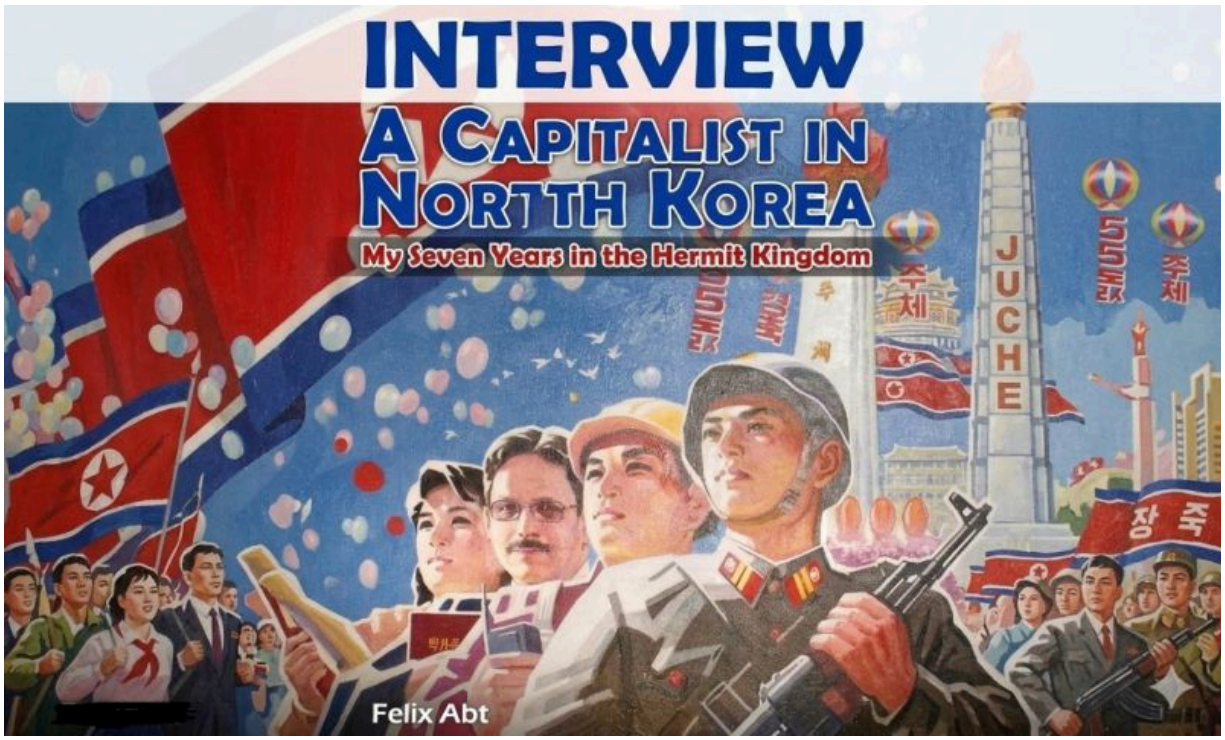
FORVM GEOPOLITICA
Independent Commentary on a Fractured World



Ein Kapitalist in Pjöngjang und die neue multipolare Welt

Ein Bericht aus erster Hand über den wirtschaftlichen Wandel Asiens, westliche Sanktionen und andere Zwangsmaßnahmen sowie den Aufstieg einer multipolaren Welt jenseits der westlichen Hegemonie.

Pablo Sanz Bayón

Mi. 26 Aug 2026 26 Leseminuten

Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel wird mit ausdrücklicher Genehmigung des Autors, Pablo Sanz (Frontiere), veröffentlicht.

Felix Abt (Schweiz, 1955) entspricht weder dem traditionellen Bild eines westlichen Diplomaten noch dem eines geopolitischen Analysten, der seine Analysen vom Schreibtisch aus anstellt. Nach seiner Ausbildung im globalen

Unternehmensmanagement bei multinationalen Großkonzernen wie der ABB-Gruppe und F. Hoffmann-La Roche traf er 2002 eine Entscheidung, die sein Leben neu definieren sollte: den Umzug nach Nordkorea.

Zunächst war er dort als Landesdirektor von ABB tätig, bis sich der ABB-Konzern aufgrund zunehmenden politischen Drucks seitens seiner wichtigsten westlichen Märkte aus dem Land zurückzog. Er spielte eine Vorreiterrolle beim Aufbau der Pyongyang Business School, war Mitbegründer und Vorsitzender der ersten ausländischen Handelskammer (European Business Association) und gehörte damit zu den wenigen Westlern, die direkten Zugang zu den industriellen, staatlichen und gesellschaftlichen Strukturen des isolierten Regimes hatten.

Felix trat in zahlreichen Medien auf und wurde von diesen interviewt, darunter CNN, FOX News, ABC, BBC, Le Monde, das Handelsblatt, die Frankfurter Allgemeine Zeitung, AFP, Businessweek, die Financial Times und Bloomberg.com, und hat verschiedene Wirtschaftsverbände beraten.

Sein bahnbrechendes Buch „A Capitalist in North Korea: My Seven Years in the Hermit Kingdom“ (2014) (Ein Kapitalist in Nordkorea: Meine sieben Jahre im „Eremitenreich“) zeichnet ein Bild der nordkoreanischen Gesellschaft, das weit entfernt ist von der monolithischen Karikatur, wie sie von den westlichen Medien dargestellt wird.

Nachdem er miterlebt hatte, wie die UN-Sanktionen seine Joint Ventures in der Pharma- und Softwarebranche zunehmend strangulierten, zog Abt nach Vietnam, wo er weitere Unternehmen gründete. Von dort aus beobachtet er aufmerksam den wirtschaftlichen Aufschwung Südostasiens, setzt sich für eine multipolare Vision der Weltordnung ein und beleuchtet die Realität Asiens durch unabhängige Analysen und Plattformen wie seinen persönlichen Blog auf Substack.

Lesen Sie das vollständige Interview

Pablo Sanz: Felix, vielen Dank, dass Sie sich zu diesem Interview bereit erklärt haben. Sie sind in der Schweiz geboren und haben dort Ihre berufliche Laufbahn begonnen – einem Land, das historisch gesehen durch seine strenge politische Neutralität und seinen wirtschaftlichen Pragmatismus geprägt ist. Wie hat diese Schweizer Mentalität Ihre Herangehensweise an das Geschäftsleben in komplexen globalen Märkten beeinflusst?

Felix Abt: Der derzeit hohe Lebensstandard der Schweiz könnte davon ablenken, dass dieses kleine Land mit etwa 10 Millionen Einwohnern gerade deshalb wohlhabend ist, weil es einfallsreich sein musste. Es ist ein Binnenstaat ohne Zugang zum Meer und verfügt über wenige natürliche Ressourcen wie Metalle, Mineralien oder Energie. Wie Nordkorea ist es zudem bergig, und nur ein relativ kleiner Teil seines Territoriums eignet sich für die Landwirtschaft. Die Schweiz kann daher ihre Bevölkerung nicht selbst ernähren und muss einen erheblichen Teil ihrer Lebensmittel importieren.

Das Land konnte nur überleben, indem es hochwertige Nischenprodukte und -dienstleistungen entwickelte und sich darauf spezialisierte und einen Großteil seiner Produktion exportierte, um die Hartwährung zu verdienen, die zur Bezahlung seiner zahlreichen Importe – von Lebensmitteln und Energie bis hin zu Metallen und Mineralien – benötigt wurde. Folglich exportiert die Schweiz fast 80 % ihres BIP.

Vor diesem makroökonomischen Hintergrund war es nur logisch, dass meine berufliche Laufbahn in kleineren, exportorientierten Schweizer Unternehmen begann. Ein Unternehmen war auf die Herstellung von Verpackungsmaschinen spezialisiert, während das andere Rollläden produzierte, die in elektronische Sicherheitssysteme integriert waren. Nachdem ich als Exportspezialist in die Branche eingestiegen war, wechselte ich später in die Rolle des Exportmanagers und leitete die weltweiten Handelsaktivitäten des Unternehmens.

Persönlich faszinierten mich die Geschichte und die Kulturen der Länder, mit denen ich zu tun hatte. Die Neutralität der Schweiz und das Fehlen einer Kolonialgeschichte – wofür ich immer dankbar war – prägten meine Denkweise. Ich hielt es für wichtig, den Ländern, mit denen ich Geschäfte machte, zuzuhören und von ihnen zu lernen, anstatt über sie zu urteilen. Ich war auch der Überzeugung, dass die Menschen in souveränen Staaten ohne ausländische Einmischung frei über ihr eigenes Schicksal entscheiden können sollten.

Ich habe mich nie nur als Verkäufer gesehen, sondern vielmehr als Problemlöser: als jemand, der Kunden dabei half, Herausforderungen zu meistern, ihr Geschäft voranzubringen und erfolgreicher zu werden. In einer echten Win-Win-Situation trug ihr Erfolg auch zum Wachstum und zum Erfolg der Unternehmen bei, für die ich tätig war.

Pablo Sanz: Vor Ihrer Ankunft in Pjöngjang hatten Sie Führungspositionen bei multinationalen Unternehmen in Afrika, Europa und anderen Teilen Asiens inne. Wann haben Sie in jenen Jahren der globalen Expansion in den 1990er Jahren zum

ersten Mal gespürt, dass sich der makroökonomische Schwerpunkt der Welt vom Westen nach Osten verlagerte?

Felix Abt: Ich habe den Beginn dieses Wandels in den 1980er Jahren gespürt, als die sogenannten asiatischen Tiger auf den Plan traten: Singapur, Malaysia, Thailand, Indonesien und Taiwan. Diese sich rasch entwickelnden asiatischen Volkswirtschaften verfolgten erfolgreich ein exportorientiertes Wachstum und eroberten einen immer größeren Anteil an der globalen Produktionsbasis – lange bevor China nach der Durchführung eigener weitreichender Wirtschaftsreformen in diesen Prozess eintrat. Und man darf nicht vergessen, dass Chinas Beitritt zur WTO, der sich als besonders wichtig erwies, erst im Jahr 2001 erfolgte.

Das asiatische Modell legte den Schwerpunkt auf außergewöhnlich hohe Spar- und Investitionsquoten, Bildung, Infrastruktur und industrielle Kapazitäten. Ich habe beobachtet, wie Investitionen, inländische Ersparnisse, Bildung, Urbanisierung, reichlich vorhandene Arbeitskräfte, Handel und ausländische Investitionen zu den wichtigsten Triebkräften dieses Wandels wurden.

Anfangs wuchs der Osten durch die Produktion für den Westen, da westliche Unternehmen ihre Produktionskapazitäten nach Asien verlagerten, um niedrigere Produktionskosten zu erzielen und Zugang zu potenziell riesigen aufstrebenden Verbrauchermärkten zu erhalten.

Dann entwickelte sich der Osten zu einem riesigen Verbrauchermarkt an sich. Und heute beschränkt sich Asien zunehmend nicht mehr nur auf Produktion und Konsum – es schafft Kapital, Technologie, Infrastruktur, Unternehmen und Innovationen.

Für mich gab es dabei eine besonders interessante historische Parallele: Die exportorientierte Denkweise, die für ein kleines, ressourcenarmes Land wie die Schweiz fast schon existenziell gewesen war, wurde zunehmend auch für die aufstrebenden asiatischen Volkswirtschaften charakteristisch. Sie schufen Wohlstand durch Spezialisierung, Export, Kapitalakkumulation und den kontinuierlichen Übergang zu höherwertigen Produkten.

Im Jahr 2002 kamen Sie nach Nordkorea, um dort Projekte für ABB zu leiten. In Ihrem Buch schildern Sie überraschende Meilensteine, die dem Bild der völligen Isolation widersprechen, wie beispielsweise die Einführung von Menüs nach westlichem Vorbild, von Debitkarten und der ersten Business Schools. Wie reagierte die nordkoreanische Technokratie auf marktwirtschaftliche Konzepte wie Kostenoptimierung oder Werbung?

Als ich in Nordkorea ankam, erholte sich das Land gerade von einer tiefen Krise, die in den 1990er Jahren begonnen hatte. Die Sowjetunion, sein größter Handelspartner und Wohltäter – die unter anderem subventionierte Energie lieferte –, war Anfang der 1990er Jahre zusammengebrochen. Teile der Wirtschaft der DVRK waren eng in das übergeordnete Wirtschaftssystem integriert gewesen, das sie mit dem Sowjetblock teilte, und der Zusammenbruch dieses Systems führte zu einem schweren wirtschaftlichen Einbruch.

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre verschärften katastrophale Dürren und Überschwemmungen die Krise zusätzlich. Diese Naturkatastrophen vertieften nicht nur den wirtschaftlichen Einbruch, sondern lösten auch eine schwere Krise der Ernährungssicherheit aus. Die Ernten wurden vernichtet, sodass das Land nicht mehr in der Lage war, seine Bevölkerung zu ernähren. Es kam zu einer Hungersnot, wobei die Zahl der Todesopfer wahrscheinlich eher im sechsstelligen Bereich lag als in den Millionen, wie sie häufig in westlichen Medien genannt wurden.

Weniger bekannt ist, dass der bergige Norden in der Vergangenheit immer wieder unter periodischen Hungersnöten litt. Der flachere, wärmere Süden diente traditionell als landwirtschaftliche „Reiskammer" für die gesamte Halbinsel. Als US-Beamte am Ende des Zweiten Weltkriegs willkürlich eine Linie auf der Landkarte zogen, um Nord- und Südkorea zu trennen, wurde der Norden dauerhaft von seiner wichtigsten Nahrungsquelle abgeschnitten. Diese Verwundbarkeit wurde während des Koreakriegs brutal ausgenutzt, als die US-Luftwaffe systematisch Staudämme bombardierte und Felder überflutete, was zu weitverbreiteter Hungersnot führte. Sie nahmen praktisch alles ins Visier, was sich bewegte; wie mir eine ältere nordkoreanische Frau erzählte, die diesen Schrecken überlebte, wurden sogar Nutztiere wie Schweine und Hühner bombardiert. Der damalige Kommandeur des US Strategic Air Command gab später zu, dass durch ihre Kampagne etwa 20 Prozent der nordkoreanischen Bevölkerung getötet worden waren – ein Akt der Zerstörung im Ausmaß eines Völkermords.

Die vorherrschende westliche Darstellung geht jedoch über die Übertreibung der Opferzahlen der Hungersnot in den 1990er Jahren hinaus. Sie behauptet häufig, die nordkoreanische Führung sei dem Leid gegenüber gleichgültig gewesen oder habe den Hunger sogar bewusst als Waffe eingesetzt. Meine Erfahrungen aus erster Hand widersprachen dieser Behauptung. Die Führung stand der Notlage ihrer Bürger nicht gleichgültig gegenüber; vielmehr appellierte sie aktiv und wiederholt an internationale Organisationen und ausländische Regierungen, dringend Nahrungsmittel und medizinische Hilfe zu leisten.

Als ich in Pjöngjang ankam und mich dort niederließ, arbeiteten dort noch viele Ausländer für Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen. Die Nordkoreaner hatten sich daran gewöhnt, humanitäre Hilfe zu erhalten, und zu einem bestimmten Zeitpunkt räumte die Regierung selbst öffentlich ein, dass der anhaltende Hilfsfluss eine Kultur der Abhängigkeit geschaffen hatte.

Anfangs gingen die Nordkoreaner, mit denen ich zu tun hatte, davon aus, dass auch ich eine Art Hilfsorganisation vertrat. Das führte zu interessanten Diskussionen, als ich erklärte, dass ich Investoren vertrat, die bereit waren, eine moderne Fabrik zu errichten – allerdings unter der Bedingung, dass diese rentabel arbeiten und ausreichende Erträge erzielen würde, um die Investition innerhalb eines angemessenen Zeitraums zurückzuzahlen.

Ich argumentierte außerdem, dass ein solches Unternehmen nur dann florieren könne, wenn die notwendigen Marktmechanismen geschaffen würden: Das Unternehmen müsse in der Lage sein, seine Produkte zu vermarkten, Kunden zu finden, auf dem Markt zu konkurrieren und Werbung zu betreiben – was bei meiner Ankunft noch illegal war.

Sie waren Mitbegründer der Pyongyang Business School. Wie sahen das Profil und die Ziele der nordkoreanischen Führungskräfte aus, die Ihre Kurse besuchten? Haben sie wirklich an ein hybrides Modell geglaubt, das dem der chinesischen „Sonderwirtschaftszonen“ ähnelt?

Dieses sich wandelnde makroökonomische Umfeld führte dazu, dass Fabriken und andere Unternehmen zunehmend auf sich allein gestellt waren. Die zentral geplante Wirtschaft begann sich – zumindest teilweise – zu einer gemischten Wirtschaft zu wandeln, in der Fabrikleiter nicht mehr einfach nur Anweisungen erhielten, was in welchen Mengen zu produzieren war. Sie mussten zunehmend Kunden ausfindig machen, ermitteln, welche Produkte diese Kunden wünschten, und diese gewinnbringend herstellen.

Die Manager staatlicher Unternehmen mussten sich daher die notwendigen Fähigkeiten aneignen, um sicherzustellen, dass ihre Betriebe überleben und florieren konnten – und im Idealfall in nicht allzu ferner Zukunft dem Beispiel ihrer ostasiatischen Kollegen folgen und einen Teil ihrer Produktion erfolgreich exportieren konnten.

Ihre Ausbildung konzentrierte sich auf mehrere Kernbereiche. Erstens benötigten sie fundierte Kenntnisse in den Bereichen Finanzen, Controlling und Rechnungswesen, um datengestützte Entscheidungen treffen zu können. Zweitens

waren Kompetenzen im Lieferkettenmanagement erforderlich, um Vorleistungen zu beschaffen und die Produktion kosteneffizient zu gestalten. Drittens mussten sie das Personalmanagement beherrschen, um das Potenzial ihrer Belegschaft zu erschließen. Und viertens benötigten sie moderne Marketingkompetenzen, um die Verbrauchernachfrage zu verstehen und aktiv Märkte für ihre Produkte zu erschließen.

Dieser reale Bedarf war ausschlaggebend für meine Entscheidung, die Pyongyang Business School für Führungskräfte aus der Wirtschaft und hochrangige Wirtschaftsbeamte im Aufbaustudium zu gründen. Es frustrierte mich, mit anzusehen, wie hochbezahlte Entwicklungshelfer einen Kreislauf der Almosen aufrechterhielten, der notwendige Reformen aktiv verhinderte. Ich war überzeugt, dass ein besserer Ansatz darin bestand, Fabrikleitern die konkreten Fähigkeiten zu vermitteln, um die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen und so echte Arbeitsplätze und ein nachhaltiges Einkommen für Millionen von Menschen zu schaffen.

Damals schienen die Nordkoreaner tatsächlich davon überzeugt zu sein, dass ein hybrides Wirtschaftsmodell, das sich teilweise an Chinas Erfahrungen mit Sonderwirtschaftszonen (SEZ) orientierte, einen Weg bieten könnte, Marktmechanismen einzuführen, ohne das übergeordnete staatlich gelenkte System aufzugeben.

Chinas Sonderwirtschaftszonen boten ein besonders interessantes Beispiel: Anstatt die gesamte Wirtschaft auf einmal zu liberalisieren, schuf Peking geografisch begrenzte Gebiete, in denen ausländische Investitionen, marktorientiertes Management, internationaler Handel und andere Wirtschaftsreformen unter bevorzugten Bedingungen erprobt werden konnten. Die Weltbank hat diese Zonen als wichtige Testfelder für Marktinstitutionen, ausländische Investitionen, Technologietransfer und moderne Managementpraktiken beschrieben.

Nordkorea verfolgte 1991 eine funktional vergleichbare Strategie durch die Schaffung der Sonderwirtschaftszone Rason, die an der geopolitischen Schnittstelle der nordöstlichen Grenze zu China liegt. Im Rahmen dieser Initiative wurden Rajin und Sonbong als Versuchsgebiet ausgewiesen, das ausländische Direktinvestitionen und den grenzüberschreitenden Handel fördern sollte. Das makroökonomische Ziel bestand darin, eine liberalisierte Wirtschaftsenklave zu schaffen, die ausländisches Kapital und Technologie aufnehmen, Devisenreserven generieren und den Handel ankurbeln konnte, um so die lokale Entwicklung zu fördern und gleichzeitig die Integrität der übergeordneten staatlich geplanten Wirtschaft zu wahren.

Für mich war Rason von Bedeutung, weil es zeigte, dass das Denken in Pjöngjang nicht zwangsläufig darauf beschränkt war, das bestehende System unverändert beizubehalten. Es bestand das Bewusstsein, dass Elemente der ostasiatischen Entwicklungserfahrung – insbesondere exportorientierte Fertigung, ausländische Investitionen und marktorientierte Geschäftspraktiken – potenziell selektiv und versuchsweise eingeführt werden könnten. In diesem Sinne ähnelte das Konzept der Logik hinter Chinas schrittweisem Ansatz: Anstatt alles auf einmal zu ändern, sollten begrenzte Räume geschaffen werden, in denen neue Wirtschaftsregeln getestet, aus den Ergebnissen gelernt und potenziell das, was funktioniert, ausgeweitet werden kann.

Der entscheidende Unterschied bestand natürlich darin, dass Chinas Sonderwirtschaftszonen zu starken Triebkräften eines weitaus umfassenderen Wandels wurden, während Nordkorea nicht zuließ, dass sich seine Experimente zu einem vergleichbaren landesweiten Reformprozess entwickelten.

Mitte der 2010er Jahre gingen legitime Joint Ventures, an denen Sie beteiligt waren – spezialisiert auf lebenswichtige Medikamente wie Pyongsu, Software und Textilien –, aufgrund internationaler UN-Sanktionen, die von der US-Regierung unterstützt wurden, in Konkurs. Behindern diese Sanktionen interne Reformen oder führen sie zu einer weiteren Isolierung der Zivilbevölkerung?

Die Sanktionen – insbesondere jene, die nach Nordkoreas erstem Atomtest im Jahr 2006 verhängt wurden – hatten schwerwiegende Auswirkungen sowohl auf inländische Unternehmen als auch auf Joint Ventures mit ausländischer Beteiligung, wie jene, die ich leitete. Zwar gingen diese Unternehmen nicht unbedingt in Konkurs, doch viele gerieten nach und nach ins Straucheln und schleppten sich weiter, ohne über die Mittel zu verfügen, um normale Produktions-, Qualitäts- oder Sicherheitsstandards aufrechtzuerhalten. Sie konnten Ersatzteile, moderne Maschinen oder sogar unverzichtbare Rohstoffe nicht mehr zuverlässig importieren.

Besonders besorgniserregend waren die Folgen in Branchen, in denen die Produktsicherheit von regelmäßigen Laboranalysen abhing. Pharma- und Lebensmittelverarbeitungsbetriebe benötigten beispielsweise Labore, um Rohstoffe und Fertigprodukte auf Verunreinigungen und andere Sicherheitsrisiken zu prüfen. Doch Nordkorea war weltweit das einzige Land, das vor der enormen Hürde stand, vollständig vom Import der unverzichtbaren chemischen Reagenzien und Laborbedarf ausgeschlossen zu sein, die für die Durchführung dieser Routinetests erforderlich waren – Verfahren, die praktisch überall sonst auf der Welt zur Standardpraxis gehören.

Das daraus resultierende Paradoxon war auffällig: Sanktionen, die darauf abzielten, Druck auf die politische Führung auszuüben, untergruben stattdessen die Fähigkeit gewöhnlicher Unternehmen, grundlegende Produktions- und Sicherheitskontrollen aufrechtzuerhalten. Infolgedessen wurden Pharma- und Lebensmittelherstellern die notwendigen Mittel entzogen, um die Sicherheit ihrer Produkte zu überprüfen, wodurch gewöhnliche nordkoreanische Patienten und Verbraucher schweren, völlig vermeidbaren Gesundheitsrisiken ausgesetzt wurden.

Ihr zweites Buch, *A Land of Prison Camps, Starving Slaves and Nuclear Bombs?* (2022) (Ein Land voller Lager, hungernder Sklaven und Atombomben?), hinterfragt direkt die Sichtweisen, durch die der Westen bestimmte Länder beurteilt. Warum, glauben Sie, neigen die großen internationalen Medien dazu, die wirtschaftlichen Zusammenhänge oder den Alltag von Gesellschaften unter sozialistischen oder nicht-westlichen Regimes zu übersehen?

Die Huffington Post bildete eine bemerkenswerte Ausnahme unter den großen Medien. Ihre Schlagzeile „Wirtschaft als Reform in Nordkorea“ fasste mein Argument treffend zusammen. In meinem Interview mit der Zeitung erklärte ich, dass ausländische Unternehmen den Nordkoreanern neue Ideen, internationale Standards und alternative Geschäftsmodelle näherbringen könnten.

Ein Großteil der Mainstream-Medien schlug einen intellektuell faulen – und im Grunde unehrlichen – Weg ein und tat Geschäftsleute wie mich als Unterstützer des Regimes ab. Sie machten sich nie die Mühe, eine grundlegende Frage zu stellen: Wie viel Steuern haben wir tatsächlich an die DVRK gezahlt? Hätten sie gefragt, hätte die Antwort den Fehler in ihrer Logik aufgedeckt: Es reichte nicht einmal aus, um eine Rakete zu kaufen, geschweige denn eine Atomwaffe zu finanzieren.

In Ihrem Blog und in Online-Kommentaren üben Sie oft sehr pointierte Kritik an dem, was Sie als „Heuchelei der US-Hegemonie“ bezeichnen. Welche grundlegenden Unterschiede sehen Sie zwischen der Ausübung von US-Macht und Chinas geopolitischem Einfluss auf wirtschaftlicher Ebene?

In einem kürzlich erschienenen Artikel der „Financial Times“ behauptete der Investor und Milliardär Ray Dalio, China würde in Asien ein Tributsystem wiederbeleben, und deutete an, dass Peking wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen einsetzt, um seine Nachbarn auf Linie zu bringen.

Dalio und andere westliche Kommentatoren, die sich mit chinesischer Geschichte größtenteils nicht auskennen, stellen das historische Tributsystem jedoch oft als etwas dar, das dem mittelalterlichen europäischen Feudalismus ähnelt: Kleinere

Staaten zahlten China Tribut im Austausch für Schutz, während China politische Hegemonie ausübte, angeblich gestützt durch Zwangsmaßnahmen.

Dieses konstruierte Bild ist falsch.

Das traditionelle System beruhte weniger auf der Abschöpfung von Reichtum als vielmehr auf dem Austausch von Anerkennung gegen materielle Vorteile. Die Tributstaaten überreichten größtenteils symbolische Geschenke, während der chinesische Hof sie oft mit Gütern, Zahlungen und wertvollen Handelsprivilegien belohnte. Die zugrunde liegende Logik wurde durch die Konzepte 得名 (dé míng) – China gewann an Ansehen und Legitimität – und 得实 (dé shí) – die Tributstaaten erlangten greifbare wirtschaftliche Vorteile – erfasst.

Unter der Ming-Dynastie wurde dieses Prinzip als 厚往薄来 (hòu wǎng bó lái) ausgedrückt: „Großzügig geben, bescheiden empfangen." China gab bewusst mehr, als es erhielt, da das Ziel nicht die Gewinnmaximierung war, sondern die Aufrechterhaltung einer stabilen regionalen Ordnung mit China im Zentrum.

Das System konnte für die Beteiligten außerordentlich lukrativ sein. Gesandte überreichten lokale Spezialitäten und symbolische Geschenke und erhielten im Gegenzug Seide, Porzellan, Tee, Silber und andere wertvolle Güter. Noch wichtiger war, dass Tributsendungen Zugang zum Handel und mitunter zu Märkten verschafften, die ansonsten stark beschränkt waren. Diese Privilegien waren so wertvoll, dass Menschen versuchten, das System auszunutzen, indem sie Länder erfanden, Beglaubigungsschreiben fälschten oder sich ausländische Titel verschafften und sich als Gesandte aus Übersee ausgaben.

Japan liefert ein besonders aufschlussreiches Beispiel. Rivalisierende japanische Fraktionen konkurrierten erbittert um das Recht, offiziellen Handel mit China zu treiben, was schließlich zum gewaltsamen Ningbo-Zwischenfall von 1523 beitrug. Bei dem Streit ging es nicht darum, wer sich China unterwerfen würde, sondern darum, wer den Zugang zum hochprofitablen chinesischen Markt kontrollieren würde.

Dies ist wichtig, wenn man die moderne Analogie betrachtet.

China nutzt heute zweifellos sein enormes wirtschaftliches Gewicht, um andere Länder durch Handel, Investitionen und Marktzugang zu beeinflussen. Es kann diese Vorteile auch entziehen oder einschränken, wenn sich die politischen Beziehungen verschlechtern. Das ist jedoch etwas anderes als die Annahme, dass China lediglich eine vermeintliche imperiale Zwangshierarchie wiederaufleben lässt.

Das historische System funktionierte vor allem deshalb, weil die Teilnahme lohnend war. Sein wichtigstes „Züchtigungsmittel“ war nicht die militärische Eroberung, sondern der Ausschluss von den Vorteilen des Zugangs zu China.

Das moderne Äquivalent ließe sich daher einfach zusammenfassen: Das Zuckerbrot ist der Zugang zu Handel und Investitionen. Die Peitsche ist der Entzug des Zuckerbrot.

Dies erklärt auch, warum Chinas Binnenkonsum strategisch von Bedeutung ist. Wenn Chinas wirtschaftliche Beziehungen attraktiv bleiben sollen, müssen seine Partner weiterhin greifbare Vorteile aus der Zusammenarbeit mit der chinesischen Wirtschaft ziehen. Anhaltende Handelsungleichgewichte können diese Attraktivität auf Dauer untergraben.

Wenn also in Asien ein modernes „Tributssystem“ entsteht, würde ich es weniger als ein Imperium beschreiben, das seine Nachbarn in die Unterwerfung zwingt, sondern eher als eine wirtschaftliche Anziehungskraft, die Länder zum weltweit größten Markt und zur größten Produktionsmacht hinzieht.

Und genau deshalb halte ich es für sinnvoll, diese historische Analogie genauer zu untersuchen. Anstatt einfach nur zu fragen, ob China seine Nachbarn unter Druck setzt, sollten wir uns fragen, wie die chinesische Staatskunst historisch auf externen Druck reagiert hat – und warum sich ihr strategisches Verhalten manchmal ganz anders darstellt, als es westliche Erwartungen vermuten lassen.

Dieses tiefgreifende historische Muster untersuche ich in meinem Artikel *“Under Siege, the Turtle Hardens Its Shell: China’s Strategy of Calculated Retreat and Future Rise—A Civilizational Reflex Forged Over 4,000 Years.”* (*„Unter Belagerung verhärtet die Schildkröte ihren Panzer: Chinas Strategie des kalkulierten Rückzugs und des künftigen Aufstiegs – ein über 4.000 Jahre geschmiedeter zivilisatorischer Reflex.“*

Sie leben derzeit in Vietnam, einem Land, dem es gelungen ist, ein Einparteiensystem mit beeindruckendem Wirtschaftswachstum und einer äußerst pragmatischen Diplomatie zu verbinden. Was halten Sie von Vietnams florierender Wirtschaft? Ist das vietnamesische Modell das Vorbild, dem Pjöngjang folgen sollte, um sich in die Weltwirtschaft zu integrieren?

Westliche Demokratien präsentieren sich als Vorbilder für politische Freiheit und Volksvertretung. Doch hinter dieser Fassade verbirgt sich eine ernüchternde Realität: Die Macht konzentriert sich zunehmend in den Händen einer kleinen, extrem wohlhabenden Elite – ein System, das treffender als Oligarchie oder Plutokratie bezeichnet werden kann.

Politische Prozesse werden stark von mächtigen Lobbygruppen, Großkonzernen und den mit ihnen verflochtenen Mediennetzwerken beeinflusst. Infolgedessen fühlen sich viele Bürger politisch entfremdet und machtlos. Während beispielsweise eine Mehrheit der Bevölkerung endlose Kriege ablehnt – und es vorziehen würde, wenn diese Billionen in Infrastruktur, Bildung und eine bezahlbare Gesundheitsversorgung investiert würden –, stoßen ihre Bedenken auf taube Ohren. Trotz einer formalen Wahlfreiheit schwindet das Vertrauen in öffentliche Institutionen, während sich die soziale Ungleichheit weiter vergrößert. Während in China die weltweit größte Mittelschicht entstanden ist, schwindet die Mittelschicht im Westen, sodass Millionen von Amerikanern und Europäern Schwierigkeiten haben, über die Runden zu kommen und sich zu ernähren.

Im Gegensatz dazu verfolgen Länder wie Vietnam und China einen Regierungsstil, der weniger auf formale Verfahren und mehr auf konkrete Ergebnisse für die breite Bevölkerung ausgerichtet ist. Beide Staaten – angeführt von formal kommunistischen Parteien – stützen sich auf hybride Systeme, die Elemente der Marktwirtschaft mit strategischer staatlicher Planung verbinden. Der Wettbewerb wird aktiv gefördert, während Kartelle und Monopole reguliert werden, um Verbraucher zu schützen und Innovationen zu fördern.

Die staatliche Planung konzentriert sich auf Schlüsselbereiche wie Infrastruktur, Forschung und Entwicklung, Bildung sowie Gesundheitswesen, was positive Ausstrahlungseffekte für den privaten Sektor mit sich bringt. Unternehmen profitieren von moderner Infrastruktur, besser qualifizierten Arbeitskräften und niedrigeren Gesundheitskosten, was die wirtschaftliche Effizienz weiter steigert.

Sicher, auch diese Länder haben mit Korruption und dem unzulässigen Schutz mächtiger Personen zu kämpfen, was gegen die Gesetze verstößt, die eigentlich der Gerechtigkeit für alle dienen sollen. Doch selbst dies verblasst im Vergleich zur „legalisierten“ Korruption des amerikanischen politischen Systems, in dem wohlhabende Einzelpersonen und Unternehmen durch politische Aktionskomitees und praktisch unbegrenzte Wahlkampfausgaben enormen Einfluss auf Politiker ausüben können.

Das Ergebnis in China und Vietnam ist ein wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt, der sich international durch sein Tempo und seine Inklusivität auszeichnet. Hunderte Millionen Menschen wurden aus der Armut befreit, und die Grundlagen für nachhaltiges Wachstum wurden systematisch gestärkt – nicht durch Deregulierung und Marktfundamentalismus, die in den Vereinigten Staaten

zu einer enormen Vermögensverschiebung weg von den unteren Schichten hin zu den 0,001 % beigetragen haben, sondern durch eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete Regierungsführung.

Letztendlich würde die Nachahmung des chinesisch-vietnamesischen Modells Nordkorea einen wirkungsvollen Leitfaden für rasche Entwicklung und langfristigen Wohlstand bieten.

Angesichts des Aufstiegs der BRICS-Staaten, der schrittweisen Entdollarisierung und der Konsolidierung der chinesischen „Belt and Road"-Initiative scheint der Übergang zu einer multipolaren Welt unbestreitbar. Wie beurteilen Sie die Bemühungen des Westens, sich an diesen neuen globalen Kontext anzupassen?

Die Bedeutung des BRICS-Blocks scheint überbewertet zu werden. Genau wie die Europäische Union – die ein vielversprechendes Projekt war, als sie sich auf die Schaffung einer Wirtschaftsunion konzentrierte, bevor sie sich zu einem zunehmend dysfunktionalen wirtschaftlich-politisch-militärischen Koloss entwickelte – ist BRICS eine heterogene Gruppe von Nationen mit sehr unterschiedlichen und zunehmend divergierenden Interessen und politischen Systemen.

Heute wird die EU weitgehend durch das Ukraine-Projekt zusammengehalten – eine Kampagne, die darauf abzielt, Russland zu isolieren, zu schwächen oder zu zerstören. Kaja Kallas, die oberste Diplomatin der EU, ging sogar so weit, anzudeuten, dass ein wahrer Sieg darin bestehen sollte, Russland in kleinere Staaten aufzuteilen. Es ist eine tiefgreifende Ironie: Europa hat seinen größten und wichtigsten Nachbarn vor den Kopf gestoßen, ein Land, dessen erschwingliche Energie jahrzehntelang das industrielle Wachstum Europas antrieb, bis die politischen Eliten beschlossen, diese Lebensader zu kappen. Die heutigen Führungskräfte folgen schlichtweg einem Kurs, der bereits durch die alten Großstrategien von Halford Mackinder, Lord Ismay und Zbigniew Brzezinski vorgezeichnet wurde.

Dieses Strategiehandbuch ist tatsächlich über ein Jahrhundert alt. Mackinder warnte davor, dass Russland im „Herzland" der Weltmacht liege und um jeden Preis in Schach gehalten werden müsse. Lord Ismay, der erste Generalsekretär der NATO, präzisierte dies als Gründungsauftrag der NATO: „Die Russen draußen halten, die Amerikaner drinnen halten und die Deutschen klein halten." Ende der 1990er Jahre passte Brzezinski – der fünf US-Präsidenten beraten hatte – dieses Schachbrett an die moderne Ära an. In seinem Buch „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie

der Vorherrschaft“ („The Grand Chessboard“) formulierte er die ultimative Vorgabe: Die Ukraine als geopolitischen Dreh- und Angelpunkt zu instrumentalisieren, um Russland klein zu halten.

Damit setzen die derzeitigen europäischen Staats- und Regierungschefs lediglich ein altes angloamerikanisches Drehbuch um. Sie handeln nicht nur aus ideologischen Blindstellen heraus, sondern als direkte Nutznießer des Krieges – und das alles auf Kosten des Wohlstands und des Wohlergehens der einfachen europäischen Bürger, die in dieser Angelegenheit kein Mitspracherecht haben.

Die BRICS-Staaten stehen vor ihren eigenen Problemen. Ihre Vielfalt macht es schwierig, sie zu einem geschlossenen politischen oder wirtschaftlichen Block zu formen, während westliche Interessen zudem darauf abzielen, ihre internen Differenzen auszunutzen und zu verhindern, dass sie sich zu einem wirksamen Gegengewicht zur globalen Hegemonie der USA und deren System aus mit den USA verbündeten Vasallenstaaten entwickeln.

Dennoch lässt sich der Trend zur Entdollarisierung nicht ohne Weiteres aufhalten. Selbst sogenannte Verbündete der USA haben erkannt, dass Washington den Status des Dollars als Weltreservewährung als Waffe gegen sie einsetzen kann und wird, wenn sie sich nicht „anständig verhalten“. Obwohl die USA alles in ihrer Macht Stehende tun, um die Entstehung einer multipolaren Welt zu verhindern, sieht sich ihre finanzialisierte Wirtschaft, deren industrielle Basis weitgehend ausgehöhlt ist, mit wachsenden Einschränkungen konfrontiert. Ein Ausdruck davon ist die nachlassende Fähigkeit, genügend Waffen und Munition zu produzieren, um mehrere Konflikte gleichzeitig zu führen – was sich in der Unfähigkeit zeigt, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten angemessen mit Luftabwehrsystemen, Waffensystemen und Munition zu versorgen.

Die Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten und China hat sich zudem über Wirtschaft und Geopolitik hinaus weiterentwickelt. Sie ist zunehmend ein Wettstreit zwischen konkurrierenden Visionen der politischen Ordnung – zwischen chinesischer Meritokratie und westlicher Oligarchie oder Plutokratie. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, deren Außenpolitik oft durch Bemühungen geprägt war, ihr politisches und wirtschaftliches Modell international zu fördern oder aufzuzwingen, präsentiert sich China als Verfechter nationaler Souveränität, zivilisatorischer Vielfalt und des Rechts jeder Nation, ihren eigenen Entwicklungsweg ohne Einmischung von außen zu wählen.

Im Rahmen seiner „Belt and Road“-Initiative, die Ländern beim Aufbau einer modernen Infrastruktur hilft und neue Handelsmöglichkeiten eröffnet, unterstützt China diesen Ansatz mit Investitionen in Milliardenhöhe.

Der Ausgang dieses Wettstreits wird nicht nur darüber entscheiden, welches Modell größere internationale Legitimität genießt, sondern auch den Charakter der entstehenden Weltordnung prägen. Angesichts des Wirtschaftswachstums der „Global Majority“ und des schwindenden politischen Einflusses des Westens dürfte sich diese Ordnung von der Dominanz einer einzigen Hegemonialmacht hin zu einem multipolaren System verlagern, in dem der Einfluss gleichmäßiger verteilt ist und keine einzelne Nation anderen einseitig Regeln diktieren kann.

Gleichzeitig ist mit zunehmenden Spannungen, tiefgreifender politischer Instabilität und weit verbreiteten gewalttätigen Unruhen im Westen zu rechnen, ausgelöst durch Millionen unzufriedener Bürger.

Die Ära der unangefochtenen westlichen Vorherrschaft neigt sich dem Ende zu. Die Zukunft dürfte jene Nationen begünstigen, die sich Legitimität durch Kompetenz und gemeinsamen Wohlstand verdienen, Stabilität durch Souveränität wahren und ihren Einfluss durch Zusammenarbeit ausbauen – statt durch Ideologie, extreme Vermögenskonzentration, Zwang oder hegemoniale Ansprüche.

Glauben Sie, dass Südostasien vor dem Hintergrund wachsender Spannungen im indopazifischen Raum seine strategische Autonomie bewahren kann, oder wird es gezwungen sein, sich zwischen Washington und Peking zu entscheiden?

Im Südchinesischen Meer geht es weniger um Handel, Fischerei oder Öl als vielmehr um Chinas strategische Verwundbarkeit und nukleare Abschreckung.

Peking betrachtet das Südchinesische Meer als potenzielle strategische „Bastion“ für seine mit Atomwaffen bestückten U-Boote mit ballistischen Raketen. Im Gegensatz zum relativ flachen Gelben Meer und Ostchinesischen Meer erreicht der zentrale Teil des Südchinesischen Meeres Tiefen von mehr als 4.000 Metern, was U-Booten weitaus bessere Möglichkeiten bietet, einer Entdeckung zu entgehen. Da China an einer Politik des „No-First-Use“ in Bezug auf Atomwaffen festhält, ist eine überlebensfähige Zweitschlagfähigkeit entscheidend für seine Abschreckung.

Da China vor einem existenziellen „Malakka-Dilemma“ steht, ist es für Energie, Nahrungsmittel und Handel stark von Seewegen durch das Südchinesische Meer abhängig, was es im Falle eines größeren Konflikts anfällig für Blockaden macht. Peking hat daher ein Interesse daran, diese Gewässer nicht nur offen zu halten, sondern auch die notwendigen militärischen Fähigkeiten zu entwickeln, um sie zu schützen.

Aus dieser Perspektive erhalten Chinas umfangreiche Inselbau- und Militarisierungsmaßnahmen eine andere Bedeutung. Flugplätze, Radaranlagen, Häfen und andere Einrichtungen auf den umstrittenen Riffen können die Überwachung sowie die Luft- und Seeverteidigung der umliegenden Gewässer gewährleisten und so zum Schutz der darunter liegenden, tieferen Einsatzgebiete der U-Boote beitragen. Dies lässt sich mit der Praxis der Sowjetunion während des Kalten Krieges vergleichen, geschützte maritime Bastionen für ihre Atom-U-Boote zu schaffen.

Es überrascht nicht, dass westliche Kommentatoren diese Maßnahmen als chinesischen Expansionismus oder Zwang interpretieren, obwohl sie als defensive Reaktion auf Chinas strategische Verwundbarkeit und die militärische Einkreisung Chinas durch die USA verstanden werden können. Die Vereinigten Staaten betrachten unterdessen Chinas Bemühungen, die Region zu kontrollieren oder zu militarisieren, als Herausforderung für ihre Hegemonie in Asien und rechtfertigen ihre eigene militärische Präsenz unter dem Vorwand, die Freiheit der Schifffahrt zu schützen – obwohl China, und nicht die Vereinigten Staaten, weitaus stärker vom Handel über das Südchinesische Meer abhängig und intensiv daran beteiligt ist.

Peking sieht sich also in der Pflicht, gefährdete Zugangswege zu sichern und zu gewährleisten, dass seine nukleare Abschreckung einen möglichen Angriff übersteht, während Washington und seine Verbündeten viele dieser Maßnahmen als Beweis für chinesischen „Expansionismus“ interpretieren.

Diese Streitigkeiten um Riffe, Inseln und Seegrenzen bergen Risiken, die weit über ihre lokale Bedeutung hinausgehen. China signalisiert stets, dass es friedliche, bilaterale Verhandlungen mit seinen Nachbarn bevorzugt. Um die Dinge im richtigen Zusammenhang zu sehen, sollte man bedenken, dass China niemals einen Krieg gegen Japan begonnen hat. Darüber hinaus war sein letzter militärischer Einsatz – der kurze, einmonatige Konflikt mit Vietnam im Jahr 1979 – weder ein Eroberungskrieg noch ein Krieg zur Regimewechsel. Stattdessen stellte Peking die Intervention ausschließlich als Strafmaßnahme dar – als Reaktion auf Vietnams Einmarsch in Kambodscha und dessen Sturz des völkermörderischen Regimes der Roten Khmer.

Hinter den Kulissen tobt ein Wettstreit um U-Boot-Kriegsführung, nukleare Abschreckung, Chinas strategische Verwundbarkeit und das künftige Kräfteverhältnis in Asien. Wenn es nach China geht, werden seine Streitigkeiten mit den Nachbarn letztendlich friedlich beigelegt werden. Ich würde erwarten, dass ein pragmatischer Ansatz letztendlich dazu führen könnte, dass China und seine Nachbarn die Ressourcen des Meeres gemeinsam nutzen – ein Ergebnis, das ihren

gegenseitigen Interessen dienen würde. Die Vereinigten Staaten werden jedoch zweifellos alles in ihrer Macht Stehende tun, um zu verhindern, dass eine solche Einigung zustande kommt.

Wenn Sie auf Ihre außergewöhnliche Karriere zurückblicken – von den eleganten Büros Schweizer multinationaler Konzerne über die Fabriken in Pjöngjang bis hin zu Ihrem heutigen Leben in Vietnam –, welche grundlegende Erkenntnis über die Zukunft Asiens und die neue multipolare Weltordnung weigern sich die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Westens nach wie vor zu begreifen?

Die weißen Eliten der Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verwandten – die Amerika und andere Teile der Welt gewaltsam besiedelten, die Vernichtung indigener Völker verursachten und Millionen Afrikaner entführten, um sie auf ihren Plantagen in die Sklaverei zu zwingen und brutal zu misshandeln – führten anschließend weltweit Kriege, um Hegemonie und Vorherrschaft zu erlangen.

Sie werden den Aufstieg nicht-westlicher Mächte in Asien und anderswo niemals bereitwillig akzeptieren. Ihre selbstzerstörerische Politik – endlose Kriege, Interventionismus und die Konzentration des Reichtums in den Händen einer winzigen oligarchischen Elite – wird jedoch letztlich das System selbst untergraben und die Voraussetzungen für eine wahrhaft multipolare Welt schaffen.

Vielen Dank, dass Sie Ihre Gedanken mit *Frontiere* geteilt haben.

ARTIKEL TAGS:

Interview Nordkorea BRICS